

NIEDERSCHRIFT der
 Öffentlichen Sitzung des Gemeinderates
 vom 18.09.2007, 18:05 Uhr,
 unter dem Vorsitz von Bürgermeister LA Arno Abler,
 Ort: Komma
 28gr180907

Anwesend sind:**Stimmberechtigte Personen:**

Herr Bürgermeister LA Arno Abler	Bgm-Liste	
Frau Vizebürgermeisterin Maria Steiner	Bgm-Liste	
Frau Vizebürgermeisterin Hedi Wechner	SPÖ	
Frau Gemeinderätin Evelin Treichl	Bgm-Liste	
Herr Stadtrat Hannes Mallaun	Bgm-Liste	
Herr Gemeinderat Erich Lettenbichler	Bgm-Liste	
Frau Gemeinderätin DI Bettina Müller	Bgm-Liste	
Herr Gemeinderat Manfred Mohn	Bgm-Liste	
Herr Andreas Lenk	Bgm-Liste	in Vertretung von GR Dr. Wibmer
Herr Stadtrat Michael Pfeffer	SPÖ	
Frau Gemeinderätin Roswitha Lenzi	SPÖ	
Herr Gemeinderat Rainer Raunegger	SPÖ	
Herr Gemeinderat Alois Tiso	SPÖ	
Frau Gemeinderätin Mag. Helga Petzer	Team Petzer	
Herr Gemeinderat DI Gerhard Wibmer	Team Petzer	
Herr Gemeinderat Ekkehard Wieser	FWL	
Herr Josef Erb	FWL	in Vertretung von GR Wiechenthaler
Herr Gemeinderat Ing. Emil Dander	UFW	
Herr Gemeinderat Dr. Herbert Pertl	UFW	
Frau Gemeinderätin Evelyn Huber	Grüne	

Stadtamt:

Herr Mag. Alois Steiner
 Herr Dr. Johann Peter Egerbacher
 Herr Ing. Dietmar Günther
 Herr Helmuth Mussner

Weiters eingeladen:

Herr DI Helmuth Müller

Schritfführer/-in:

Frau Katharina Unterer

Abwesend sind:**Stimmberechtigte Personen:**

Herr Gemeinderat Dr. Daniel Wibmer	Bgm-Liste	entschuldigt
Herr Gemeinderat Mario Wiechenthaler	FWL	entschuldigt
Herr Gemeinderat Mag. Alexander Atzl	Grüne	entschuldigt

Stadtamt:

Frau DI Carola Schatz

entschuldigt

TAGESORDNUNG:

1. Zur Tagesordnung
- 1.1. Antrag - Absetzung TOP 6.1.) "Antrag - Vorsitz Integrationsbeirat"
- 1.2. Antrag - Absetzung TOP 8.1.) "Antrag - Anpassung der Abfallgebührenordnung"
- 1.3. Antrag - Aufnahme "Vertraulicher Teil"
2. Protokollgenehmigung
3. Angelegenheiten des Ausschusses für Raumordnung und Stadtentwicklung
- 3.1. Antrag - Flächenwidmungsplanänderung Strasserfeld auf Gst. 176/1 KG Wörgl-Kufstein (Ladestraße)
- 3.2. Antrag - Allgemeiner und ergänzender Bebauungsplan Ladestraße-Strasser II
- 3.3. Antrag - Allgemeiner und ergänzender Bebauungsplan Weiler II (Hauserwirt)
- 3.4. Antrag - Änderung Höhenfixpunkt Bebauungsplan Lenk-Frieden (hinter M 4)
4. Angelegenheiten des Ausschusses für Verkehr, Sicherheit und Straßenwesen
- 4.1. Antrag Schutzweg KR Martin Pichler-Straße (Bereich Jungfamilienhaus)
- 4.2. Antrag KR Martin Pichler-Straße, Höhe Tischlerei Pezzei - Anlegung eines Schutzweges
5. Angelegenheiten des Ausschusses für Wirtschaft, Gewerbepark und Landwirtschaft
- 5.1. Antrag - Grundablösen für den Bau der Nordtange zweiter Teil
- 5.2. Antrag Haftungsübernahme für Darlehensaufnahme WIG
6. Angelegenheiten des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen und Generationen
- 6.1. Antrag - Vorsitz Integrationsbeirat
7. Angelegenheiten des Ausschusses für Schule, Bildung und Jugend
- 7.1. Antrag - HS 2, Ankauf von Garderobenkästen
8. Angelegenheiten des Ausschusses für Umwelt, Energie und Friedhofwesen
- 8.1. Antrag - Anpassung der Abfallgebührenordnung
- 8.2. Antrag - Neubepflanzung des Waldfriedhofes
9. Anträge, Anfragen und Allfälliges
- 9.1. Antrag Entfernung der Verkehrsinsel in der Ferdinand Raimund-Straße
- 9.2. Antrag Wörgler Grüne Einforderung der Daten über Grenzwerte der Schadstoffemission des Spanplattenwerk Egger
- 9.3. Antrag Lärmproblematik durch ÖBB in Ferdinand Raimund-Straße
- 9.4. Anfrage GR Wieser Berichtigung der Gebäudeaufschrift am Hauptbahnhof Wörgl
- 9.5. Anfrage GR Wieser Großformatplakate an den Stadteinfahrten
- 9.6. Anfrage GR Wieser Montage Hochwasserschott Unterführung Spar-Zentrale
- 9.7. Anfrage GR Ing. Dander weitere Vorgangsweise Mülldeponie Riederberg
- 9.8. Anfrage GR Mag. Petzer Errichtung Radwegverbindung Bruckhäusl - Wörgl

- 9.9. Anfrage GR Dr. Pertl betreffend Fahrradleitsystem Terminal
- 9.10. Anfrage GR Dr. Pertl betreffend Müllentsorgung entlang der Wanderwege
- 9.11. Anfrage GR Wieser betreffend Lärmbelästigungen Bahnhofstraße
- 10. Vertraulicher Teil
- 10.1. Bericht GR Ing. Dander; Wirtschaftsförderung Großunternehmen
- 10.2. Bericht Vbgm. Wechner; Aktueller Stand Ausschreibung Rettungsvertrag

Der Vorsitzende eröffnet um **18:05** Uhr die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und geht sogleich in die Tagesordnung über.

X Beschlussfähigkeit gegeben.

1. Zur Tagesordnung

1.1. Antrag - Absetzung TOP 6.1.) "Antrag - Vorsitz Integrationsbeirat"

Diskussion:

Vbgm Steiner bittet aufgrund einer neuen Situation den TOP 6.1.) „Antrag – Vorsitz Integrationsbeirat“ von der Tagesordnung zu nehmen.

In Wörgl wurde ein neuer, privater Integrationsverein gegründet, der sowohl vom Land Tirol als auch von der Stadt Wörgl unterstützt werden soll.

Der Antrag soll zur weiteren Beratung in Bezug auf Aufgabenstellung und Finanzierung Integrationsbeirat an den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen und Generationen zugewiesen werden.

Beschluss mit Abstimmung:

Der Gemeinderat beschließt, den TO-Punkt 6.1.) von der Tagesordnung abzusetzen. Des Weiteren wird der Antrag zur weiteren Behandlung an den Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen und Generationen zugewiesen.

Abstimmung:

Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

1.2. Antrag - Absetzung TOP 8.1.) "Antrag - Anpassung der Abfallgebührenordnung"

Diskussion:

Bgm Abler bittet aufgrund einer Besprechung der Fraktionsführer den 1. Teil des TOP 8.1.) von der Tagesordnung zu nehmen. Die Fraktionsführer haben eine Verständigung getroffen, dass das Thema „Abfallgebührenerhöhung“ von der Tagesordnung genommen werden soll.

Beschluss mit Abstimmung:

Der Gemeinderat beschließt, den 1. Teil des TO-Punktes 8.1.) „Erhöhung der Abfallgebühren“ von der Tagesordnung abzusetzen.

Abstimmung: Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

1.3. Antrag - Aufnahme "Vertraulicher Teil"

Diskussion:

GR Ing. Dander bittet um Aufnahme eines Antrages unter „Vertraulicher Teil“.

Beschluss mit Abstimmung:

Der Gemeinderat beschließt den TO-Punkt 10.) „Vertraulicher Teil“ auf die Tagesordnung aufzunehmen.

Abstimmung: Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

2. Protokollgenehmigung

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

Beschluss mit Abstimmung:

Das Protokoll der 27. Sitzung des Gemeinderates vom 28. Juni 2007 wird ohne Verlesung einstimmig genehmigt.

ungeändert beschlossen Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Angelegenheiten des Ausschusses für Raumordnung und Stadtentwicklung

3.1. Antrag - Flächenwidmungsplanänderung Strasserfeld auf Gst. 176/1 KG Wörgl-Kufstein (Ladestraße)

Sachverhalt:

Die Familie Strasser ersucht um Widmung Wohngebiet für die Grundparzelle 176/1 KG Wörgl-Kufstein. Im örtlichen Raumordnungskonzept ist für eine Teilfläche dieses Grundstückes die Nutzung als Grünstreifen vorgesehen. Dieser Grünzug soll auch im Flächenwidmungsplan als Sonderfläche ausgewiesen werden.

Im Zuge der Widmung soll allerdings der Grünzug an die Gemeinde übertragen werden und die Straßenflächen kostenlos an das öffentliche Gut übertragen werden. Dazu ist noch die vertragliche Zusicherung einzuholen.

Anlagen:

Flächenwidmungsplan

Stellungnahme FC:

Keine Stellungnahme erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt für die Umwidmung von Teilflächen des Gst. 176/1 von derzeit Freiland in Wohngebiet gemäß § 38 Abs. 1 TROG 2006 und Sonderfläche Grünzug gemäß § 43 Abs. 1 lit.a und b TROG 2006 den Auflage- und Sanktionsbeschluss zu fassen.

Diskussion:

GR Huber spricht sich in Vertretung der Fraktion gegen die Umwidmung von Gründland in Bauland im ihres Erachtens sensiblen Bereich zwischen Rupert Hagleitner-Straße und Ladestraße aus und wird dem Antrag nicht zustimmen.

GR Ing. Dander kann die Meinung mit GR Huber nicht teilen. Seines Erachtens ist dies ein weiterer, positiver Schritt zum Ansinnen der Stadt Wörgl – Errichtung eines Geh-/Radweges von der Rupert Hagleitner-Straße zur Hauptstraße.

GR Wieser erkundigt sich nach der Baumassendichte. Die Baumassendichte ist Bestandteil des nächsten TO-Punktes, so GR Müller.

Beschluss mit Abstimmung:

Der Gemeinderat beschließt für die Umwidmung von Teilflächen des Gst. 176/1 von derzeit Freiland in Wohngebiet gemäß § 38 Abs. 1 TROG 2006 und Sonderfläche Grünzug gemäß § 43 Abs. 1 lit.a und b TROG 2006 den Auflage- und Sanktionsbeschluss zu fassen.

ungeändert beschlossen

Ja 18 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

3.2. Antrag - Allgemeiner und ergänzender Bebauungsplan Ladestraße-Strasser II**Sachverhalt:**

Das Strasserfeld auf Gp. 176/1 soll einer Bebauung zugeführt werden. Hinsichtlich der Widmung wird das Feld von Freiland in Wohngebiet und Sonderfläche Grünzug gewidmet. Im Bereich des Wohngebietes wird der allgemeine und ergänzende Bebauungsplan zu erstellen sein.

Diesen hat DI Lechner erstellt und folgende Festlegungen getroffen.: max. Baumassendichte 3,00, höchstens 3 Oberschosse, höchste Gebäudehöhe 518,80 NN. Die maximale Gebäudehöhe beträgt somit 13 Meter.

Über die Baumassendichte könnte noch diskutiert werden, weil ein Teil des Bauplatzes ins öffentliche Straßengut abgetreten werden muss und somit den Bauplatz verkleinert, was sich auf die Baukubatur auswirkt.

Anlagen:

Bebauungsplan

Stellungnahme FC:

Keine Stellungnahme erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt, für den allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplan Ladestraße-Strasser II im Bereich der Gp. 176/1 KG Wörgl-Kufstein den Auflage- und Sanktionsbeschluss zu fassen.

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

Beschluss mit Abstimmung:

Der Gemeinderat beschließt, für den allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplan Ladestraße-Strasser II im Bereich der Gp. 176/1 KG Wörgl-Kufstein den Auflage- und Sanktionsbeschluss zu fassen.

ungeändert beschlossen

Ja 18 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

3.3. Antrag - Allgemeiner und ergänzender Bebauungsplan Weiler II (Hauserwirt)

Sachverhalt:

Auf dem Grundstück des ehemaligen landwirtschaftlichen Gebäudes Hauserwirt soll eine Wohnanlage errichtet werden. Das Grundstück ist derzeit unbebaut, liegt direkt an der Gemeindestraße und hat ein Ausmaß von ca. 2600 m². Geplant ist die Errichtung von zwei Wohnhäusern mit insgesamt etwa 12 Wohnungen.

Zu diesem Projekt wurde ein Bebauungsplan erstellt mit der Festlegung einer maximalen Baumassendichte von 2,1 und höchstens drei Obergeschossen. Aufgrund der Hanglage mussten verschiedene höchste Gebäudepunkte festgelegt werden, sodass sich Gebäudehöhen von 10 Meter ergeben.

Anlagen:

Bebauungsplan Weiler II

Stellungnahme FC:

Keine Stellungnahme erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt, für den allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplan Weiler II im Bereich des Gst. 771 KG Wörgl-Kufstein den Auflage- und Sanktionsbeschluss zu fassen.

Diskussion:

GR Treichl erkundigt sich, ob es sich beim Bauvorhaben um Miet- oder Eigentumswohnungen handelt. GR Müller gibt Auskunft, dass ausschließlich Mietwohnungen errichtet werden sollen.

GR Ing. Dander möchte in diesem Zusammenhang geklärt wissen, ob die Baugrenzlinie übereinstimmt, wenn oberirdische Besucherparkplätze errichtet werden. GR Müller klärt diese Frage direkt am projizierten Bebauungsplan.

Beschluss mit Abstimmung:

Der Gemeinderat beschließt, für den allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplan Weiler II im Bereich des Gst. 771 KG Wörgl-Kufstein den Auflage- und Sanktionsbeschluss zu fassen.

ungeändert beschlossen

Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3.4. Antrag - Änderung Höhenfixpunkt Bebauungsplan Lenk-Frieden (hinter M 4)**Sachverhalt:**

Dr. Egerbacher berichtet, dass eine Höhenvermessung der Ladestraße ergeben hat, dass der im Bebauungsplan angegebene Höhenfixpunkt von 510,00 zu niedrig ist, weil die Ladestraße ein stärkeres Gefälle aufweist. Aufgrund dieses zu niedrig angenommenen Höhenfixpunktes würden die Erdgeschoss-Wohnungen an der südlichen Grundstückseite ca. ½ m unter Straßenniveau liegen. Es ist daher notwendig, den Höhenfixpunkt mit 510,75 festzulegen. Konkret stellt sich die Situation so dar, dass die tatsächliche Straßenhöhe Ladestraße am nördlichen Eck des Grundstücks 189/30, KG. Wörgl-Kufstein, 509,95 aufweist und im südlichen Bereich des Grundstücks eine Höhe von 510,80 aufweist. Der damit in der Mitte des Grundstücks zur Ladestraße hin angegebene Höhenfixpunkt von 510,00 ist daher unrichtig.

Anlagen:

keine

Stellungnahme FC:

Keine Stellungnahme erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt, für die Änderung des allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplanes Lenk-Frieden im Bereich des Gst. 189/30, KG. Wörgl-Kufstein, den Auflage- und Sanktionsbeschluss zu fassen.

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

Beschluss mit Abstimmung:

Der Gemeinderat beschließt, für die Änderung des allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplanes Lenk-Frieden im Bereich des Gst. 189/30, KG. Wörgl-Kufstein, den Auflage- und Sanktionsbeschluss zu fassen.

ungeändert beschlossen

Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

4. Angelegenheiten des Ausschusses für Verkehr, Sicherheit und Straßenwesen

4.1. Antrag Schutzweg KR Martin Pichler-Straße (Bereich Jungfamilienhaus)

Sachverhalt:

Im Zuge der Neuerrichtung der KR Martin Pichler-Straße, wurde im westlichen Bereich des sogenannten Krankenhauskreisverkehrs eine Übergangsfurt vom Jungfamilienhaus in Richtung Wörgler Bach errichtet. Zugleich wurden auch an dieser Stelle entsprechende Beleuchtungseinrichtungen vorgesehen.

Auf Grund des gestiegenen Verkehrs- und Fußgängeraufkommens wird es als notwendig erachtet, in diesem Bereich einen Schutzweg über die KR Martin Pichler-Straße anzulegen.

Anlagen:

Lageplan

Stellungnahme FC:

Keine Stellungnahme erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt, auf der KR Martin Pichler-Straße im Bereich der vorhandenen Übergangsfurt (Höhe Jungfamilienhaus), einen Schutzweg verordnen zu lassen.

Dieser Beschluss bedarf der Verordnung durch die Bezirkshauptmannschaft Kufstein.

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

Beschluss mit Abstimmung:

Der Gemeinderat beschließt, auf der KR Martin Pichler-Straße im Bereich der vorhandenen Übergangsfurt (Höhe Jungfamilienhaus), einen Schutzweg verordnen zu lassen.

Dieser Beschluss bedarf der Verordnung durch die Bezirkshauptmannschaft Kufstein.

ungeändert beschlossen

Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

4.2. Antrag KR Martin Pichler-Straße, Höhe Tischlerei Pezzei - Anlegung eines Schutz-

weges

Sachverhalt:

Auf der KR Martin Pichler-Straße sind im östlichen Bereich (Höhe Fa. Zoo Treff und Tiefgaragenausfahrt Neubau Wimpissingerhochhaus) Schutzwege angelegt, die der Verkehrssicherheit nicht mehr entsprechen. Aus diesem Grund wurde es notwendig, eine zentrale Stelle für einen gesicherten Fußgängerübergang festzulegen, um die beiden vorangeführten Schutzwege auflösen zu können. Der vom Sachverständigen der Bezirkshauptmannschaft Kufstein vorgeschlagene Schutzweg, soll auf Höhe der östlichen Einfahrt zur Tischlerei Pezzei angelegt werden.

Anlagen:

Lageplan

Stellungnahme FC:

Keine Stellungnahme erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt, auf der KR Martin Pichler-Straße, auf Höhe der östlichen Einfahrt zur Tischlerei Pezzei, einen Schutzweg verordnen zu lassen. Mit Inkrafttreten der neuen Schutzwegverordnung werden die beiden Schutzwege (Höhe Fa. Zoo Treff, sowie bei der Tiefgaragenausfahrt Neubau Wimpissingerhochhaus) aufgelassen.
Die Beschlüsse bedürfen der Verordnung durch die Bezirkshauptmannschaft Kufstein.

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

Beschluss mit Abstimmung:

**Der Gemeinderat beschließt, auf der KR Martin Pichler-Straße, auf Höhe der östlichen Einfahrt zur Tischlerei Pezzei, einen Schutzweg verordnen zu lassen. Mit Inkrafttreten der neuen Schutzwegverordnung werden die beiden Schutzwege (Höhe Fa. Zoo Treff, sowie bei der Tiefgaragenausfahrt Neubau Wimpissingerhochhaus) aufgelassen.
Die Beschlüsse bedürfen der Verordnung durch die Bezirkshauptmannschaft Kufstein.**

ungeändert beschlossen

Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

5. Angelegenheiten des Ausschusses für Wirtschaft, Gewerbepark und Landwirtschaft

5.1. Antrag - Grundablösen für den Bau der Nordtange zweiter Teil

Sachverhalt:

Ab dem Bereich Sparzufahrt Neu bis zur Franz Grillparzer-Straße sind Teilflächen für die Nordtangente bereits ins öffentliche Gut übertragen. Der Großteil der Strecke ist aber noch grundbücherlich durchzuführen. Nachdem nunmehr die Trassenführung feststeht und die Vermessungspläne und Grenzverhandlungen abgewickelt sind, sind auch die Grundeinlösen durchzuführen. Die Ablöseverhandlungen sind mündlich durchgeführt und es wurde den jeweiligen Eigentümern ein m² Preis von 75,- Euro mitgeteilt (Preis nicht verhandelbar).

Die Ablösen betreffen im Einzelnen:

Gp. 146/1, 145/1, 140/1 KG W-R	1141 m ²	Geiger Josef und Serina
Gp. 138/1 KG W-R	290 m ²	Bracher Renate
Gp. 132/1 KG W-R	276 m ²	Bramböck Johann
Gp. 130/7 KG W-R	416 m ²	Weißbacher Peter
Gp. .199 KG W-R	252 m ²	Prevedel Mario
Gp. 133/1 KG W-R	299 m ²	Wörgler Dorfinteressentschaft
Gp. 178/2 KG W-R	610 m ²	Mayr Berta
Gp. 111/6, 111/1, 111/5 KG W-K	874 m ²	Wörgler Dorfinteressentschaft

Die abgelösten Grundstücke sollen ins öffentliche Gut (Straßen und Wege) übertragen werden und dem Gemeingebrauch gewidmet werden.

Anlagen:

Lageplan

Stellungnahme FC:

5/612011-002(Strassenbauten): Gemäß Gemeinderatsbeschluss und Mittelfristplan sind die entsprechenden Mittel aus Rücklagen zu bedecken.


Folgekosten:

(bitte ankreuzen/ausfüllen)

NEIN: X

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt, die Grundablösen wie im Antrag beschrieben durchzuführen, die Grundstücke ins öffentliche Gut (Straßen und Wege) zu übertragen und die neu gebildeten Grundstücke 741 KG Wörgl-Rattenberg sowie 111/5, 111/8, 111/9 KG Wörgl-Kufstein für den Gemeingebrauch zu widmen.

Diskussion:

Ing. Günther berichtet über den aktuellen Stand i.S. Gesamtprojekt Nordtangente Wörgl, bestehend aus:

1.) Kreisverkehr Wörgl West

Errichtung auf der A12 Abfahrt Wörgl West mit Zufahrtsmöglichkeit zum Gewerbepark Kundl. Liegt zur Gänze auf ASFINAG Grund, welcher mit Vertrag dem öffentlichen Gut Straßen und Wege übergeben werden soll und in weiterer Folge als Landesstraße B geführt werden soll.

Verträge sind unterschriftsreif und liegen derzeit in Wien bei der ASFINAG. Die straßenbaurechtliche Verhandlung wurde abgewickelt, der Straßenbaubescheid liegt vor. Die Genehmigung durchs das BMVIT zur Rücknahme der Autobahn in diesem Bereich wird unter massiver Mithilfe durch das Land Tirol, Hofrat DI Müller, derzeit erwirkt.

2.) Nordtangente

Errichtung Parallel zur A 12 zwischen Autobahnabfahrt Wörgl West und Wörgl Ost.

Die notwendigen privaten Grundablösen sind abgeschlossen. Die Verträge mit der ASFINAG sind unterschriftsreif und liegen in Wien.

3.) Anbindung Wörgl Mitte

Um ein Anbindung ans Zentrum von Wörgl auch zu ermöglichen, soll die bestehende ÖBB-Unterführung nur für den PKW-Verkehr besser ausgebaut werden und daneben eine Geh- und Radwegunterführung errichtet werden. Eine LKW-Zufahrt ins Zentrum ist nicht angedacht.

Einreichplanung ist derzeit in Arbeit. Bei den ÖBB wurde ein generelles Projekt zur Begutachtung eingereicht.

4.) Kreisverkehr Wörgl Nord

Errichtung auf der A12 Abfahrt Wörgl Ost mit Zufahrtsmöglichkeit B 178.

Liegt zur Gänze auf ASFINAG Grund, welcher mit Vertrag dem öffentlichen Gut Straßen und Wege übergeben werden soll und in weiterer Folge als Landesstraße B geführt werden soll.

Verträge werden derzeit ausgearbeitet, sind grundsätzlich mit ASFINAG abgesprochen und akkordiert. Die Einreichplanung ist in Ausarbeitung und liegt bis Ende September vor. Die Genehmigung durchs das BMVIT zur Rücknahme der Autobahn in diesem Bereich wird unter massiver Mithilfe durch das Land Tirol, Hofrat DI Müller, derzeit erwirkt.

Bgm Abler erkundigt sich, ob in den genannten EUR 1.500.000,-- eine Stilllegungsprämie für die ÖBB (Bauarbeiten an der ÖBB-Unterführung) bereits vorgesehen ist.

Da sich die Unterführung im Bahnhofsbereich (Langsamfahrstrecke) befindet wird von der ÖBB lediglich eine Langsamfahrprämie in der Höhe von EUR 300.000,-- eingefordert. Diese sind bereits im o.a. Betrag enthalten, so Ing. Günther. Wäre die Unterführung in einem Hochgeschwindigkeitsabschnitt würden wesentlich höhere Kosten auf uns zukommen.

GR Huber erkundigt sich, wie es vorkommen kann, dass lt. Sachverhalt mit allen Beteiligten betreffend Grundablöse Gespräche geführt wurden und einige der Beteiligten dies aber ablehnen und sich mit der Höhe der Grundablöse nicht abfinden können. GR Huber bringt die zwei betroffenen Parteien namentlich vor, mit welchen laut ihrem Informationsstand keine Gespräche geführt wurden.

Bgm Abler widerspricht der Wortmeldung von GR Huber und bemerkt, dass er größten Teils die Besprechungen selbst geführt habe. Den Grundablösepreis betreffend können keinerlei Verhandlungen geführt werden, da bereits zahlreiche Ablösen mit EUR 75,-- je m² durchgeführt wurden.

GR DI Wibmer möchte geklärt wissen, ob der Anschluss Wörgl Mitte als Tätigkeit der W.I.G. bei der Gründung seinerzeit festgelegt wurde.

Ing. Günther gibt Auskunft, dass der Anschluss Wörgl Mitte bei der Nebenrechnung enthalten und ein Teil der Nordtangente ist.

Bgm Abler stellt klar, dass die Grundablösen die Stadt in ihrer öffentlichen Funktion durchführt und nicht die W.I.G.

GR Wieser hat den Eindruck, dass der Antrag nicht vollständig korrekt ist und wird sich deshalb seiner Stimme enthalten.

Bgm Abler gibt zu bedenken, dass dieser Antrag Grundlage für alle, weiteren Grundablöseverhandlungen ist. Wenn der Gemeinderat in der heutigen Sitzung diesem Antrag nicht zustimmen sollte, ist die Nordtangente vorübergehend gestoppt.

GR Dr. Pertl erkundigt sich in diesem Zusammenhang, ob die Stadtgemeinde mit auf sie zukommenden Forderungen rechnen müsse, weil die Nordtangente nicht fristgerecht instandgesetzt werden kann.

Ing. Günther erklärt, dass lediglich mit der Firma ABIM diesbezüglich Vereinbarungen getroffen wurden. Diese lauten wie folgt: „Die Nordtangente muss bis zur Fertigstellung der Firma ABIM fertig gestellt sein, d.h., die Zufahrt zur Firma ABIM.“ Dieser Abschnitt ist derzeit in Bau, daher sind keinerlei Pönalefolgen zu erwarten.

GR DI Wibmer fragt an, ob für den Erdhaufen, welcher auf dem Auergrundstück gelagert wurde, Deponiegebühren angefallen sind, da dieser seines Wissens bis Juli hätte entfernt werden müssen.

Ing. Günther antwortet, dass bis Mitte August die Erde entfernt werden hätte müssen und jetzt für ca. ein Monat Deponiegebühren von der WIG zu entrichten sind. Die Deponiegebühren wurden bereits vor Schüttungsbeginn vertraglich geregelt.

Beschluss mit Abstimmung:

Der Gemeinderat beschließt, die Grundablösen wie im Antrag beschrieben durchzuführen, die Grundstücke ins öffentliche Gut (Straßen und Wege) zu übertragen und die neu gebildeten Grundstücke 741 KG Wörgl-Rattenberg sowie 111/5, 111/8, 111/9 KG Wörgl-Kufstein für den Gemeingebrauch zu widmen.

ungeändert beschlossen

Ja 17 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

5.2. Antrag Haftungsübernahme für Darlehensaufnahme WIG

Sachverhalt:

Im Bereich der Nordtangente wird derzeit im Abschnitt Gewerbepark - Bestand bis Pumpwerk Giesen der Kanal errichtet und in weiterer Folge die Straße endgültig ausgebaut. Die entsprechenden Grundablösen mit den privaten Besitzern sind alle abgeschlossen.

Der Bereich Pumpwerk Giesen bis Wörgler Bach ist im Einreichstadium. Die erforderlichen Grundablösen liegen dem Wirtschaftsausschuss und in weiterer Folge dem Gemeinderat gleichzeitig vor.

Der als Abschluss geplante Ausbau Wörgl Mitte (Umbau der bestehenden ÖBB Unterführung, Errichtung einer parallel geführten Geh- und Radwegunterführung) wird vorgezogen. Hier ist ebenfalls bereits die Einreichplanung in Auftrag gegeben worden.

Zur Ausführung dieser oben genannten Abschnitte ist die Anforderung eines weiteren Darlehens in der Höhe von € 1,500.000,-- erforderlich.

Die Wörgler Infrastruktur GmbH ersucht um Übernahme der Haftung.

Anlagen:

Keine.

Stellungnahme FC:

Keine Stellungnahme erforderlich.



Folgekosten:

(bitte ankreuzen/ausfüllen)

NEIN:

JA: € p.a.
(Kurze Beschreibung der Folgekosten und/oder personellen/organisatorischen Auswirkungen)

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die Übernahme der Haftung für die Darlehensaufnahme in Höhe von € 1,500.000,-- zugunsten der Wörgler Infrastruktur GmbH.

Diskussion:

Keine Wortmeldungen.

Beschluss mit Abstimmung:

Der Gemeinderat beschließt die Übernahme der Haftung für die Darlehensaufnahme in Höhe von € 1,500.000,-- zugunsten der Wörgler Infrastruktur GmbH.

ungeändert beschlossen

Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

6. Angelegenheiten des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen und Generationen

6.1. Antrag - Vorsitz Integrationsbeirat

Sachverhalt:

Für den Integrationsbeirat muss, als Nachfolger von Herrn GR Ing. Dander Emil, ein neuer Vorsitzender bestimmt werden.

Anlagen:

keine Anlagen

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt, als Nachfolgerin von Herrn GR Ing. Dander Emil, Frau GR Huber Evelyn als neue Vorsitzende des Integrationsbeirates zu bestimmen.

von TO abgesetzt

7. Angelegenheiten des Ausschusses für Schule, Bildung und Jugend

7.1. Antrag - HS 2, Ankauf von Garderobenkästen

Sachverhalt:

Im Zuge der Erweiterungsbauten im Pflichtschulzentrum muss das Garderobensystem aus Platzmangel auf ein Schranksystem umgestellt werden (wie in der HS 1 und Poly).

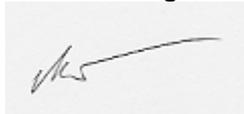
Da mit dem derzeitigen System (Garderobenbank mit Haken) die Probleme der Entwendung bzw. der Unordnung Probleme bereiten, ersucht der Direktor der Hauptschule 2 um den sofortigen Ankauf der Kästen, wobei die Bezahlung der Kästen durch das Budget 2008 im Jänner 2008 erfolgen soll.

Es wurde vom bisherigen Lieferanten ein Anbot eingeholt bzw. werden derzeit vom Bauamt zusätzliche Angebote eingeholt. Um jedoch die Durchführung sicherzustellen, wird um die Budgetfreigabe ersucht, sodass nach Abschluss der Anbotseinholung die Vergabe durchgeführt werden kann. Dabei belaufen sich die maximalen Kosten (Anbot der Fa. Wolf) auf € 28.408,97 inkl. USt.

Von den Schulen wird ein Beitrag pro vermietetes Fach in der Höhe von € 12,- pro Jahr (ähnlich HS 1: € 11,64) eingehoben.

Stellungnahme FC:

1/21202-043 (Zusatzausstattung): Die entsprechenden Mittel müssten für das Budget 2008 als Vorbelastung beschlossen werden.



Folgekosten:*(bitte ankreuzen/ausfüllen)***NEIN: X****Beschlussvorschlag:**

Der Gemeinderat beschließt, die Garderobenkästen für die Hauptschule 2 ins Budget 2008 aufzunehmen und genehmigt den sofortigen Ankauf mit Maximalkosten von € 28.408,97 inkl. USt. Weiters hat die Hauptschule für jeden vermieteten Kasten € 12,- pro Jahr einzuheben und an die Stadtgemeinde abzuführen.

Diskussion:

Vbgm Wechner fügt hinzu, dass die Garderobenkästen auch auf Wunsch der Eltern angeschafft werden, da die Entwendung in den Garderoben ständig zunimmt.

Bgm Abler plädiert, dass beide Schulen einheitlich EUR 12,-- für die Benützung der Garderobenkästen einheben sollten. Da im Sinne der Gleichberechtigung keine Unterschiede zwischen HS1 und HS2 gemacht werden können.

Beschluss mit Abstimmung:

Der Gemeinderat beschließt, die Garderobenkästen für die Hauptschule 2 ins Budget 2008 aufzunehmen und genehmigt den sofortigen Ankauf mit Maximalkosten von € 28.408,97 inkl. USt.

Weiters hat die Hauptschule für jeden vermieteten Kasten € 12,- pro Jahr einzuheben und an die Stadtgemeinde abzuführen. Der Preis von € 12,- pro vermieteter Kasten gilt für beide Hauptschulen.

geändert beschlossen

Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

8. Angelegenheiten des Ausschusses für Umwelt, Energie und Friedhofwesen**8.1. Antrag - Anpassung der Abfallgebührenordnung****Sachverhalt:**

Aufgrund der Schließung der Deponie Riederberg mit 04.07.2007 und der damit verbundenen nötigen Neuverteilung der zu deponierenden Mengen auf andere Tiroler Restmülldeponien kommt es zu geänderten Zahlen im Bereich der Abfallentsorgung. Daher ist es notwendig, die Abfallgebührenordnung anzupassen.

Anlagen:

Entwurf der neuen Abfallgebührenordnung 2008 (Anlage 1)
Stellungnahme der Stadtwerke Wörgl (Anlage 2)

Stellungnahme FC:

Keine Stellungnahme erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt,

- × die beiliegende Abfallgebührenordnung 2008 mit Wirkung vom 01.01.2008 in Kraft zu setzen.
- × die Gleichbehandlung der Haushalte Wörgl-Boden mit allen anderen Wörgler Haushalten mit 01.07.2007.

Diskussion:

Siehe Beschlussfassung zu TO-Punkt 1.2.).

Beschluss mit Abstimmung:

Der Gemeinderat beschließt, die Gleichbehandlung der Haushalte Wörgl-Boden mit allen anderen Wörgler Haushalten ab 01.07.2007.

geändert beschlossen

Ja 19 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

8.2. Antrag - Neubepflanzung des Waldfriedhofes**Sachverhalt vom 14.3.2007:**

Durch die immer wieder auftretenden Stürme wurden Bäume beim Waldfriedhof umgeworfen. Glücklicher Weise entstanden dabei nur Sachschäden. Um keine Personen zu gefährden, wurden alle Bäume über 15m Höhe entfernt. Damit so schnell als möglich wieder ein ansehnlicher Zustand erreicht wird, sollen einerseits kleine Tannenbäume aus den umliegenden Wäldern nachgesetzt werden, als auch noch zusätzlich größere (ca. 3-4m Höhe) Bäume zur Nachpflanzung angekauft werden.

Sachverhalt vor Sitzung 27.6.2007:

Die Firma Pöll unterbreitet ihr Angebot zur Bepflanzung im Waldfriedhof und erläutert das Leistungsverzeichnis.

Sachverhalt vor Sitzung 22.08.2007:

Nach Schriftverkehr mit Bürgermeister Abler sollen die Kosten für die Neubepflanzung den Betrag von € 30.000 nicht überschreiten. Daher muss eine neue Variante der Bepflanzung den Waldfriedhofes erarbeitet werden.

Sachverhalt vor Sitzung 05.09.2007:

Der Ausschuss hat sich bei der letzten Sitzung für den überarbeiteten Entwurf der Firma Pöll entschieden und wird sich nach Vorlage von 3 Angeboten für den Bestbieter entscheiden und diesen dem Gemeinderat zur Auftragsvergabe vorschlagen.

Anlagen:

Angebot der Fa. Eschböck wird derzeit eingeholt und bei der Sitzung vorgelegt.

Stellungnahme FC:

1/817-050(Bäume):Im Budget 2007 sind hierfür € 2.000,-- veranschlagt.



Folgekosten:

(bitte ankreuzen/ausfüllen)

NEIN: X

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt, die Firma Eschböck mit der Bepflanzung des Waldfriedhofes zum Angebotspreis von € 28.209,28 inkl. USt. zu beauftragen.

Für die Gesamtabwicklung wird ein Betrag von € 33.000,-- inkl. USt bereit gestellt.

Diskussion:

GR Wieser gibt zu bedenken, dass der Waldfriedhof durch die planmäßige Gestaltung den Charakter eines Parks bekommt und nicht mehr seinem Namen gerecht ist. Die bestehenden Bäume sollen seines Erachtens in die neue Gestaltung integriert werden.

StR Pfeffer berichtet über ein Gespräch mit Herrn Eschböck, dieser hat auch vorgeschlagen nur noch die notwendigsten Bäume zu fällen und die Restlichen in die Neugestaltung zu integrieren.

Bgm Abler bittet den Vorsitzenden des Umweltausschusses, die Wartung des „neuen“ Waldfriedhofes bereits jetzt mit ins Projekt aufzunehmen und laufend notwendige Schlägerungen und damit verbundene Neupflanzungen durchzuführen, dass es künftig zu keiner Totalrohdung mehr kommen muss.

GR Treichl ist der Meinung, dass die bestehenden Bäume jetzt entfernt werden sollten. Die Schlägerung desselben würde ansonsten in einigen Jahren auf uns zu kommen, was wiederum dazu führe, dass der jetzt neu gestaltete Friedhof wieder teilweise beschädigt wird.

Vbgm Wechner vertritt den Standpunkt, dass man sich an natürliche Gegebenheiten halten soll und ersucht um die Einarbeitung der bestehenden Bäume in die neue Gestaltung.

StR Pfeffer teilt mit, dass sich vor Beginn der Neugestaltung der zuständige Ausschuss und Herrn Eschböck am Waldfriedhof treffen und einen Lokalaugenschein durchführen werden. Alle weiteren Maßnahmen werden danach entschieden.

Beschluss mit Abstimmung:

Der Gemeinderat beschließt, die Firma Eschböck mit der Bepflanzung des Waldfriedhofes zum Angebotspreis von €28.209,28 inkl. USt. zu beauftragen.

Für die Gesamtabwicklung wird ein Betrag von €33.000,-- inkl. USt bereit gestellt.

ungeändert beschlossen

Ja 20 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

9. Anträge, Anfragen und Allfälliges**9.1. Antrag Entfernung der Verkehrsinsel in der Ferdinand Raimund-Straße****Diskussion:**

GR Wieser bringt zur Kenntnis, dass die FWL im Herbst 2006 gebeten hat, die Verkehrsinsel in der Ferdinand Raimund-Straße zu entfernen oder die Inselkante besser in die Straße zu integrieren (abzuplatten), da es beim Schneefall für den Winterdienst immer zu Problemen (Beschädigung der Schneepflüge, etc.) kommt.

Seinerzeit wurde GR Wieser zugesagt, dass dies bereinigt wird. Leider blieb jedoch bis dato die Verkehrsinsel unberührt.

Der Antrag wird zur Weiterbearbeitung an das Stadtbauamt weiter gegeben.

zur Weiterbearbeitung**9.2. Antrag Wörgler Grüne Einforderung der Daten über Grenzwerte der Schadstoffemission des Spanplattenwerk Egger****Diskussion:**

Die Wörgler Grünen stellen nachfolgenden Antrag, welchen GR Huber stellvertretend verliest.

„Der Gemeinderat möge beschließen, die Daten über Grenzwerte der Schadstoffemissionen des Spanplattenwerkes Egger in Wörgl bei der Gewerbebehörde der Bezirkshauptmannschaft Kufstein sowie bei der Werksleitung der Firma Egger einzufordern.“

Der Antrag wird zur Weiterbearbeitung an den Umweltausschuss weitergegeben.

zur Weiterbearbeitung**9.3. Antrag Lärmproblematik durch ÖBB in Ferdinand Raimund-Straße****Diskussion:**

GR Huber berichtet über zahlreiche Beschwerden der Anrainer der Ferdinand Raimund-Straße über starken Lärm, verursacht durch den zunehmenden Schienenverkehr und den Traktionsbe-

trieb der ÖBB. Sie stellt in den Raum, wie sich die Stadt Wörgl einbringen kann, damit man die Wohnqualität in diesem Gebiet verbessern kann.

Zudem erkundigt sie sich, was mit dem stark ölkontaminierten Erdreich auf dem Gelände der Firma Riedhart bzw. dem Park & Ride-Parkplatz passiert.

Ing. Günther erläutert, dass es nach dem Ölunfall eine gewerberechtliche Prüfung gegeben hat. Es gibt einen Bescheid mit den Auflagen, dass das gesamte Erdreich über eine entsprechende Fachfirma abgetragen und entsorgt werden muss. Mit den Abtragungsarbeiten, welche laufend durch einen Gutachter kontrolliert werden, wurde bereits begonnen.

Betreffend Lärmbelästigung Ferdinand Raimund-Straße berichtet Herr Ing. Günther über ein ähnliches Vorkommnis in Mayrhofen (Einöden). In diesem Fall wird ein Lärmgutachten in Auftrag gegeben, mit welchem an die ÖBB herangetreten werden kann. Ing. Günther schlägt vor, in diesem Falle die gleiche Vorgangsweise zu wählen und der Erstellung eines Lärmgutachtens zuzustimmen.

Abstimmung:

Ja 21 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

9.4. Anfrage GR Wieser Berichtigung der Gebäudeaufschrift am Hauptbahnhof Wörgl

Diskussion:

GR Wieser fragt an, wann die veraltete Aufschrift „Bahnhof“ am Wörgler Hauptbahnhofgebäude durch „Hauptbahnhof“ ersetzt wird.

Bgm Abler erklärt, dass der Schriftzug im Zuge der Hauptbahnhofsanierung, welche soeben durchgeführt wird, berichtigt werden wird.

zur Kenntnis genommen

9.5. Anfrage GR Wieser Großformatplakate an den Stadteinfahrten

Diskussion:

GR Wieser erkundigt sich nach dem Verantwortlichen für die Großformatwerbepлакate an den Stadteinfahrten.

Die FWL wollte nämlich einen traditionellen Maibaum am Bahnhofsvorplatz aufstellen, wurde jedoch seitens des Bürgermeisters mit der Begründung „Wörgl ist eine Stadt und soll keinen dörflichen Charakter bekommen.“ abgelehnt.

Das Werbeplakat zeigt nun einen Wörgler Bauernhof mit einem Maibaum im Hintergrund. Nun stellt GR Wieser die Frage in den Raum: „Sind wir eine Stadt? Ja oder nein?“ In diesem Zusammenhang bittet GR Wieser vor der Aufstellung des nächsten Maibaumes um ein Gespräch mit Bgm Abler.

zur Kenntnis genommen

9.6. Anfrage GR Wieser Montage Hochwasserschott Unterführung Spar-Zentrale

Diskussion:

GR Wieser berichtet von Zeitungsberichten, welche der Bevölkerung verkünden, dass bereits alle Hochwasserschutzmaßnahmen gesetzt wurden. Tatsächlich hat das letzte „Hochwasser“ vom 06.09.2007 gezeigt, dass noch nachfolgende Punkte verbesserungswürdig sind.

Montage der Hochwasserschotte

Nach aktueller Informationseinholung lagern die Hochwasserschotte noch immer bei der Fa. Farthofer und wurden aufgrund fehlender Dichtungen bis dato noch nicht montiert. Aus Sicht seiner Fraktion werden die Schotte an der falschen Unterführungsseite montiert. Statt südlich müssten diese nördlich montiert werden.

Wartung Düker Gießen-/Latrainbach

Hochwasseralarm wurde am 06.09.2007 ausgelöst. Dieses Mal handelte es sich jedoch nicht um eine bedrohliche Steigerung des Inns sondern um die vermehrte Wasserführung des Latrain- sowie des Gießenbaches. Ein defekter Düker verhinderte, dass das Gewässer unter der Eisenbahn durchgeleitet wird.

Das Wasser staute sich an der Mauer der Sparzufahrt. Durch das Einschreiten der Feuerwehr konnte ein größerer Schaden verhindert werden.

Kapazität/Kontrolle Pumpwerk Gießen

GR Wieser stellt das Ausreichen der wöchentlichen Kontrolle der Grundwasserpegel und die Kapazität des Pumpwerks in Frage. Seines Erachtens ist dieser Kontrollabstand zu groß. Es müsste mehrmals wöchentlich kontrolliert werden. GR Wieser denkt, dass der Bevölkerung falsche Informationen betreffend Hochwasserschutzmaßnahmen verkündet wurden und fordert eine Informationsveranstaltung seitens der Stadtgemeinde Wörgl mit den betroffenen Bürgern.

Der Vorsitzende nimmt Stellung und erklärt, dass der Inhalt von Überschriften und Zeitungsberichten seinerseits nicht beeinflusst werden kann. Er steht zu der soeben zitierten Aussage: „Dass so etwas wie 2005 nicht mehr passieren kann.“ Die Innsituation wurde im Hinblick auf das Hochwasser 2005 abgesichert. Mittlerweile wurde auch die Schwachstelle am unteren Wörgler Bach beseitigt. Die Kaskade mit dem Schott bei der Spar- bzw. der Gießenunterführung ist eine Zusatzmaßnahme, erhöht jedoch die Sicherheit des Inns nicht weiter. Warum die Montage der Schotts noch nicht erfolgt ist, entzieht sich seiner Kenntnis. Was die Messung des Grundwasserspiegels betrifft, können evtl. technische Maßnahmen eine Verbesserung bringen.

Am 06.09.2007 wurde Wörgl von einer komplett anderen Bedrohungen heimgesucht. Es wurde keine Schwachstelle von 2005 aufgewiesen. Die Wasserbedrohung kam über den Gießenbach von Kundl. Die Pumpleistung des Pumpwerks Gießen wurde nach dem Hochwasser 2005 erheblich erhöht. Der Einsatz hat gezeigt, dass alle bestehenden Pumpen des Werks reibungslos funktioniert haben.

Der bestehende Düker ist für 4,5 m³ Wasser pro Sekunde ausgelegt. Die Stadt Wörgl ist in diesem Fall von einer ausreichenden Sicherheit ausgegangen. Durch die Wassermengen, welche der Gießenbach mit sich gebracht hat, wurde der Latrainbach zurück gestaut.

Aus Sicht des Vorsitzenden wären vor zwei Jahren die Einsatzkräfte mit den damaligen Pumpleistungen außer Stande gewesen, das Übergehen des Gießen- bzw. des Latrainbaches zu verhindern. Durch die bereits getroffenen Hochwasserschutzmaßnahmen konnten jedoch am 06.09.2007 größere Schäden verhindert werden.

Der Vorsitzende denkt an, ein Projekt in den Raum zu berufen, dass sich mit der Direktentwässerung des Gießenbaches in den Inn und der Überprüfung des bestehenden Dükkers beschäftigt.

GR Wieser erkundigt sich, warum der Gießenbach- bzw. der Latrainbach nicht regelmäßig gereinigt (ausgebagert) wird, da dies aus seiner Sicht Mitschuld am Überlaufen war. Er plädiert, dass künftig vorausschauend gearbeitet werden soll. Das Abwarten einer Katastrophe vor dem rechtzeitigen Handeln ist nicht immer notwendig.

Ing. Günther berichtet, dass in einem zweijährigen Bauvorhaben (2003 – 2005) der Gießenbach ausgeräumt wurde. Das Bauvorhaben war mit großen Schwierigkeiten seitens des Naturschutzes, Wasserrechtes verbunden. In diesem Fall geht es nicht darum, ob es die Stadt Wörgl machen will sondern ob die Stadt Wörgl die Ausräumarbeiten machen darf. Der Gießenbach hat mehrere Engstellen die ein massives Problem darstellen (Düker Kundl, Unterführung Eisenbahn, Düker Spar). Der Düker „Sparunterführung“ ist nach einem neuen, selbstreinigenden System errichtet worden.

Der Lahnbach sowie der „Lunastrom“ brachten noch nie da gewesene Wassermengen nach Wörgl. Bei der Engstelle kam es zu Problemen. Die einzige Lösung wäre, vor dem Ortsgebiet Wörgl eine Entwässerung in den Inn zu schaffen.

Die Hochwasserschotte sind bewusst auf der Seite zur Fima Spar hinschauend montiert, da die Zugänglichkeit bei der Montage von beiden Seiten gegeben sein muss. Durch die asphaltierte Straße ist dort die Montage und Lagerung einfacher. Des Weiteren ist die Mauer dieser Seite höher und das Wasser kann im Ernstfall höher abgeschottet werden.

GR Dr. Pertl erkundigt sich, ob bereits konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes gesetzt wurden oder ob es sich bei den angeführten Handlungen (Auftragerteilung zur Erstellung eines hydrologischen Gutachtens, Führung von div. Gesprächen mit der Gde. Kundl, etc.) nur um Ideen seitens des Bürgermeisters handelt.

Bgm. Abler erklärt, dass bereits das hydrologische Gutachten in Auftrag gegeben wurde. Gespräche mit der Gemeinde Kundl hat es noch nicht gegeben, da erst vor wenigen Tagen bekannt wurde, dass enorme Niederschläge auf Kundler Seite zur gegenständlichen Situation geführt hätte.

zur Kenntnis genommen

9.7. Anfrage GR Ing. Dander weitere Vorgangsweise Mülldeponie Riederberg

Diskussion:

GR Ing. Dander bringt vor, dass es trotz zahlreicher Maßnahmen in Bruckhäusl noch immer zu einer starken Geruchsbelästigung kommt und bittet um Informationen zum aktuellen Stand „Zukunft Deponie Riederberg“.

STR Pfeffer berichtet von einem Gespräch mit einem betroffenen Bewohner, welcher sagte, dass sich die allgemeine Situation betreffend Geruchsbelästigung erheblich gebessert hat. Laut Informationen seitens des Landes Tirol verlaufen die Abdeckungsarbeiten der Deponie planmäßig. Derzeit wird noch auf ein Gutachten über die geordnete Nachsorge gewartet, bevor der Schließungsbereirat (bis spätestens Ende September) erneut zusammenkommen wird.

GR Ing Dander hält fest, dass der Schließungsbereirat eine Gruppierung ohne jegliche finanzielle Mittel ist. Seines Erachtens ist der Masseverwalter die Person, die entscheidet, ob die Firma in Konkurs geht.

Derzeit liefert man den gesamten Restmüll zu den umliegenden Deponien. Unter dem Motto „Man müsse das Unmögliche fordern, um zumindest das Mögliche zu erreichen“, plädiert GR Ing.

Dander dafür die Mülldeponie Riederberg wieder in öffentliche Hand zu nehmen und diese bis zum Ablauf der Frist ordnungsgemäß befüllen. Somit hätte die Stadtgemeinde künftig eine Parteistellung und wäre über das aktuelle Geschehen informiert und hätte ein Mitspracherecht.

Bgm Abler berichtet über ein Gespräch mit LR Lindenberger. Er habe diesem mitgeteilt, dass die Mülldeponie noch ein „offenes Loch“ mit einem Fassungsvermögen von einigen tausend Kubikmetern Müll hat und mit diesem im Rahmen der Nachsorge etwas passieren muss. Er ist jedoch nicht davon ausgegangen, dass man erneut Müll nach Bruckhäusl liefert sondern hätte eher an Aushubmaterial, etc. gedacht. Gefüllt muss das Loch jedoch werden, da ansonsten Wasser etc. eindringen kann und dies zur Gefahrenquelle wird.

STR Pfeffer ist der Meinung, dass niemand wünscht, dass der Deponiebetrieb wieder weiter geht. Seines Erachtens war der Stadtgemeinde bei der Schließung der Deponie bewusst, dass Kosten auf uns zu kommen werden.

Bgm Abler fügt hinzu, dass jahrelang um die Schließung der Deponie gekämpft wurde. Jetzt sollte diese nicht wieder weitergeführt werden.

GR Ing. Dander weist darauf hin, dass dies die einmalige Chance ist, dass die öffentliche Hand eingreifen und geordnete Verhältnisse schaffen kann. Er ist immer davon ausgegangen, dass die Stadtgemeinde Wörgl eine Schließung der Anlage in geordneten Verhältnissen wünscht.

Vbgm Wechner fehlt das tiefere Verständnis für die Worte von GR Ing. Dander. Die Stadtgemeinde Wörgl war bei der Demonstration für die Deponieschließung dabei. Jetzt soll die Deponie nicht wieder geöffnet werden. Sie betrachtet die Worte von GR Ing. Dander als Ansporn dafür, alles zu versuchen um eine Verbesserung der Situation zu erreichen. Sie versteht die von GR Ing. Dander präsentierte Vorgangsweise nicht, da man Jahre für die Schließung gekämpft habe. Jetzt sei die Deponie geschlossen, dies wäre ihm jetzt auch nicht recht.

Bgm Abler berichtet, dass derzeit eine Zwischenabdeckung erfolge. Das Gutachten mit der genauen Nachsorge betreffend Sickerwässer, etc. wird erstellt. Das Land Tirol hat den Beschluss gefasst, dieses Projekt vorzufinanzieren.

Für GR Ing. Dander ist die Vorfinanzierung bzw. Deckung der Nachsorgekosten reine Nebensache. Laut seiner Aussage besagt nämlich das Abfallwirtschaftsgesetz, dass wenn der Betreiber nicht mehr in der Lage ist die Deponie weiter zuführen, hat die öffentliche Hand einzuschreiten. GR Ing. Dander plädiert, dass die Stadtgemeinde die Nachsorge betreibt und somit endlich eine Parteistellung in dieser ganzen Angelegenheit erhält.

GR Wieser erkundigt sich, ob GR Ing. Dander diesen Vorschlag betreffend Weiterführung der Mülldeponie Riederberg im Ortsausschuss Bruckhäusl vorgebracht hat und dessen Einverständnis eingeholt hat.

GR Ing. Dander antwortet, dass er seine Ideen in die letzte Sitzung eingebracht hat.

zur Kenntnis genommen

9.8. Anfrage GR Mag. Petzer Errichtung Radwegverbindung Bruckhäusl - Wörgl

Diskussion:

GR Mag. Petzer bittet, eine sichere Radwegverbindung zwischen Bruckhäusl und Wörgl zu schaffen. Hierzu wären diverse Rückbaumaßnahmen der Brixentaler Straße notwendig. Da es ihres Erachtens den Radfahrern nicht zumutbar ist, dass man über die Franz Grillparzer-Straße fahren muss, damit man sicher von Bruckhäusl nach Wörgl kommt. Das o.a. Problem wurde auch im LA21-Arbeitskreis für Verkehr bereits behandelt. GR Mag. Petzer bittet um Behandlung dieser Angelegenheit im zuständigen Ausschuss.

Bgm. Abler antwortet, dass es diesbezüglich bereits eine Grundsatzentscheidung gibt, dass nach der Eröffnung der B 178 (Mitte November) die Brixentaler Straße in Angriff genommen wird. Es kann nicht beidseitig der Verkehrsfluss behindert werden.

GR Mag. Petzer möchte bereits jetzt Pläne, etc. für die „neue“ Brixentaler Straße vorgelegt bekommen, damit es nach Eröffnung der B 178 nicht erneut zu Zeitverzögerungen mit der Umsetzung kommt.

GR Lettenbichler fügt hinzu, dass wie bereits erwähnt die Eröffnung der B 178 abgewartet wird und stellt klar, dass man nicht über die Franz Grillparzer-Straße fahren muss, damit man sicher nach Wörgl fahren kann.

GR DI Müller erklärt, dass bereits ein Katalog existiert, indem die Maßnahmen und der Umsetzungszeitpunkt betreffend Errichtung Radwege aufgelistet sind.

GR Wieser erkundigt sich, welche Geschwindigkeitsbeschränkung für die zurück gebaute Brixentaler Straße angedacht ist.

GR Lettenbichler antwortet, dass bereits mehrheitlich beschlossen wurde, dass für die Brixentaler Straße nach dem Rückbau eine Beschränkung von 40 km/h gilt.

zur Kenntnis genommen**9.9. Anfrage GR Dr. Pertl betreffend Fahrradleitsystem Terminal****Diskussion:**

GR Dr. Pertl bringt zur Kenntnis, dass das Fahrradleitsystem im Bereich Terminal zahlreiche Mängel aufweist. Zum einen ist seines Erachtens die Beschilderung nicht ausreichend, was zur Folge hat, dass die Radfahrer kreuz und quer durch Baustellen, auf den Straßen, etc. fahren.

Ein weiteres Sicherheitsrisiko ist der unterbrochene Radfahrweg. Die Radfahrer müssen für wenige Meter auf die stark belastete Terminal-Zufahrtsstraße wechseln um dem Radweg weiterfolgen zu können. Da auch zahlreiche Jungfamilien diese Radstrecke benutzen, ersucht GR Dr. Pertl um möglichst baldige Verbesserung der Sicherheitssituation.

GR Lettenbichler erklärt, dass der Radweg – von Kundl kommend – künftig am Inn entlang führen wird.

zur Kenntnis genommen**9.10. Anfrage GR Dr. Pertl betreffend Müllentsorgung entlang der Wanderwege****Diskussion:**

Mit Erstaunen hat GR Dr. Pertl festgestellt, dass nicht nur die Mülleimer entlang der Wanderwege entfernt wurden sondern auch die Halterungen weggeschnitten wurden. Auch zahlreiche Bänke wurden entfernt.

Seines Erachtens ist es Aufgabe der Stadtgemeinde Wörgl hier Partei zu ergreifen und zu urgieren, dass der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt wird. Denn die derzeitige Situation hat eine massive Verschmutzung der heimischen Wälder zur Folge.

zur Kenntnis genommen

9.11. Anfrage GR Wieser betreffend Lärmbelästigungen Bahnhofstraße

Diskussion:

GR Wieser berichtet von Anrainerbeschwerden betreffend die Lärmbelästigungen in der Bahnhofstraße während der Sommermonate, da die Gastgärten oft bis spät abends geöffnet sind. Da die Pachtverträge für die Gastgärten (Gehsteige) jährlich von der Stadtgemeinde Wörgl verlängert werden, fragt GR Wieser an, ob man diesen Belästigungen nicht entgegenwirken kann und auf die Verlängerung eines Pachtvertrages in konkreten Fällen nicht mehr eingeht.

Bgm. Abler sind die Anrainerbeschwerden bereits bekannt. Beschwerden sind jedoch immer über ein konkretes Lokal eingegangen, welches mittlerweile geschlossen wurde.

zur Kenntnis genommen

10. Vertraulicher Teil

(siehe eigenes Protokoll)

10.1. Bericht GR Ing. Dander; Wirtschaftsförderung Großunternehmen

zur Kenntnis genommen

10.2. Bericht Vbgm. Wechner; Aktueller Stand Ausschreibung Rettungsvertrag

zur Kenntnis genommen

Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

Unterschrift Vorsitzender: